

BILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT 2012



BILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT 2012

VORWORT

Bildung ist in den letzten zehn Jahren von einem Expertenthema zu einem Thema geworden, das eine herausragende Position auf der politischen Tagesordnung eingenommen hat und auf breites öffentliches Interesse stößt. Die deutschen Arbeitgeber engagieren sich mit bildungspolitischen Initiativen und vor allem mit ihrer eigenen Bildungsarbeit in den vielen Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft.

Vor sieben Jahren haben die deutschen Arbeitgeber mit „Bildung schafft Zukunft“ ihr bildungspolitisches Konzept vorgelegt und eine breite Bildungsinitiative gestartet. „Bildung schafft Zukunft“ von 2005 gab Auskunft über unsere bildungspolitischen Grundsätze, umfasste alle Bildungsbereiche und formulierte für jeden Bereich konkrete Ziele, die auch mit quantitativen Zielgrößen unterlegt wurden. Ein heutiges Monitoring der Zielerreichung stellt fest, dass sich auf allen Gebieten einiges, zum Teil vieles getan hat. Es zeigt sich aber auch, dass unter dem Stichwort „Reformen“ zu viele Vorhaben nur oberflächlich umgesetzt oder nur halbherzig betrieben worden sind. Der politische Wille zur breiten Qualitätsverbesserung ist vielerorts da – aber die Wirklichkeit bleibt hinter den gesteckten Zielen und Erwartungen teilweise deutlich zurück.

Mit „Bildung schafft Zukunft 2012“ greifen wir daher die bildungspolitische Programmatik wieder auf. Wir überprüfen den Stand der Reformbemühungen in den verschiedenen Bildungsbereichen – von der frühkindlichen Bildung über Schule und Hochschule bis zur beruflichen Bildung – und formulieren die unseres Erachtens besonders wichtigen Aufgaben für jedes Gebiet. Dabei definieren wir den dringlichen Handlungsbedarf wieder anhand von konkreten Zahlen, die sicherlich ehrgeizige, aber erreichbare Ziele verbindlich machen.

Wir setzen auf ein Bildungssystem, das reformfähig ist, das eine kontinuierlich hohe Qualität mit Innovationskraft und Flexibilität verbindet. Wir setzen auf eine Bildungspolitik, die sich der Nachhaltigkeit und Konsistenz, der Zielorientierung und der Qualitätsverbesserung verpflichtet weiß. Wir setzen auf ein Bildungsklima in unserer Gesellschaft, das die Bedeutung von Bildung erkennt und alle Anstrengungen in diesem Sinne positiv unterstützt. Wir wollen dazu mit dieser Publikation erneut einen Beitrag leisten.

Januar 2012 | Berlin



Dr. Gerhard F. Braun,
Vorsitzender
BDA/BDI-Fachausschuss
Bildung | Berufliche Bildung,
Vizepräsident der BDA



INHALT

■ Einleitung	6
■ Frühkindliche Bildung.....	12
■ Schulische Bildung	16
■ Hochschulische Bildung.....	22
■ Berufliche Bildung	28

EINLEITUNG

Die deutsche Wirtschaft setzt sich kontinuierlich für eine breite und nachhaltige Verbesserung der Leistungen unseres Bildungssystems ein. Denn:

- Bildung ist in einer wissensbasierten Innovationswirtschaft ein Standortfaktor; diese Bedeutung wächst zusehends angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs und des demografisch bedingten Nachwuchsmangels.
- Bildung ist daher eine wesentliche Grundlage des Wohlstands und der sozialen Sicherheit in unserer Gesellschaft.
- Bildung ist entscheidender Faktor für die Chancen eines jeden, sich zu qualifizieren, die eigenen Potenziale zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe zu entfalten und die Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Es kommt auf die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die Chancen jedes Einzelnen an, sich zu bilden und Optionen zu nutzen.

Der Bildungsbereich gehört zu den dynamischsten Bereichen unserer Gesellschaft. Gerade in den letzten zehn Jahren hat sich im Bildungswesen mehr verändert als in den

Jahrzehnten zuvor und als in vielen anderen Bereichen. Der Wille zur Qualitätsverbesserung und die Bereitschaft zu Reformen mit diesem Ziel sind vorhanden.

Allerdings zeigt sich die Kehrseite dieser Entwicklung, wenn Reformen nicht zielführend gestaltet werden, ständig wieder selbst reformiert werden müssen oder oberflächlicher Aktionismus statt strategisch angelegter Konzepte vorherrscht. Auch die Bildungspolitik muss sich daher die Frage nach ihrer Qualität und Qualitätsverbesserung gefallen lassen – mehr denn je. Zu oft

- sind Bildungsreformen Experimentierfeld oder folgen Ideologien statt Evidenzen
- fehlt es an Evaluationen der Maßnahmen oder werden Ergebnisse und Erkenntnisse nur nach Interessenlage berücksichtigt
- stellt sich der Föderalismus nicht als Wettbewerb dar, sondern als Kleinstaaterei
- verdrängen parteitaktische Überlegungen die Konsensfindung und Kontinuität
- wechselt immer wieder die Richtung, dominiert ein „Hin und Her“
- werden Neuerungen verlangt, ohne ausreichend finanziert zu sein
- werden Einzelprojekte mit großem Aufwand gestartet, ohne in der Breite zu wirken

Mit der vorliegenden Position blicken wir daher auf die vorgenommenen Entwicklungen, messen sie an den gesteckten Zielen und formulieren den weiteren Handlungsbedarf aus unserer Sicht.

- Wir setzen auf ein Bildungssystem, das früh startet und kontinuierlich die individuelle Förderung jedes Kindes und Jugendlichen sichert. Leistungsgerechtigkeit verlangt die Entfaltung der Potenziale jedes Einzelnen und die Sicherung von Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Leistungsgerechtigkeit schließt daher die Durchlässigkeit der Bildungswege ein. Nur so kommt die große Vielfalt der Talente zum Vorschein.

Übergänge zwischen den Bildungsstufen dürfen nicht Stolperfallen sein, sondern müssen Anschlüsse werden.

- Wir setzen auf ein Bildungssystem, das sich durch eine hohe Qualität in allen Stufen und Bereichen auszeichnet. Dazu ist eine hochwertige Qualifikation der Fach- und Lehrkräfte ebenso erforderlich wie die Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit der Institutionen. Transparenz ist notwendig, um Erfolge sehen, bewerten und verbessern zu können. Dafür sind die Diagnosen der Lernausgangslagen und ein zyklisches Qualitätsmanagement mit Evaluations- und Verbesserungskonzepten Voraussetzung.

Unsere Leitideen

1. Leistung und Durchlässigkeit
2. Qualität und Transparenz
3. Nachhaltigkeit und Zielorientierung

- Wir setzen auf ein Bildungssystem, in dem über die Grenzen der Bundesländer hinweg klare Ziele gesetzt und gemeinsam mit den handelnden Personen angegangen werden. Dazu gehören Kontinuität und Konsistenz ebenso wie Kooperation und Kritikfähigkeit. Erst so wird die Nachhaltigkeit der Reformen möglich und können die gesteckten Ziele erreicht werden.

Qualität der Reformen verbessern

Es gibt viele Erfolge ...

Innovative, aktive und hochwertige Bildungseinrichtungen arbeiten zielgerichtet und mit Erfolg; sie nutzen die Chancen der veränderten Rahmenbedingungen für sich.

- In zahlreichen Kindertageseinrichtungen wird bereits gute Bildungsarbeit geleistet.
- Viele Schulen leisten hervorragende Arbeit, haben sich auf neue didaktische Formen eingestellt, nutzen die Möglichkeiten größerer Selbstständigkeit und sorgen in Kooperation mit Betrieben und Hochschulen für einen gelingenden Übergang in Ausbildung und Studium.

- Die berufliche Bildung mit der Kooperation von Betrieben und Berufsschulen hat ihre Stärke auch in den jüngsten wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewiesen und bildet das Reservoir für den Fachkräftenachwuchs.
- Viele Hochschulen bieten praxisnahe ebenso wie forschungsorientierte Studiengänge an und führen mehr Studierende mit einem guten Lehrangebot zu hochwertigen und am Arbeitsmarkt gefragten Abschlüssen.

... aber noch nicht in der Fläche und Breite:

Die eigentliche Herausforderung für die Politik lautet, weit über die Leuchttürme hinaus flächendeckend Qualität in allen Bildungseinrichtungen sicherzustellen.

- Es sind längst nicht in jeder Kindertageseinrichtung ausreichende und angemessene Bildungsangebote gewährleistet.
- Schulen fühlen sich durch ihre gewachsenen Aufgaben nicht selten überfordert, alleingelassen und wenig unterstützt; Schulen desselben Typs unter vergleichbaren Bedingungen arbeiten mit höchst unterschiedlichem Erfolg.

- Nach wie vor bringt ein zu hoher Anteil von Schulabgängern nicht die Voraussetzungen für eine Ausbildung mit und bleiben zu viele Jugendliche im Übergangsbereich.
- Noch immer verweigern sich Hochschulen den neuen Studiengängen und -abschlüssen und beschränken sich auf bloße Umbenennungen ohne Effekt; sie sind zugleich durch hohe Studierendenzahlen bei Unterfinanzierung überfordert.

Eltern legen großen Wert auf die Bildung ihrer Kinder und haben hohe Erwartungen an die Qualität des Bildungssystems. Sie sind die Experten für ihre Kinder und die wichtigsten Begleiter auf ihrem Bildungsweg. Rückhalt in der Familie gibt Kindern Selbstvertrauen, das sie für Neues und das Lernen öffnet: Bindung ermöglicht Bildung. Der Einfluss der Familie ist ein bedeutender Faktor für den Bildungserfolg. In der frühkindlichen und schulischen Bildung sind Eltern aktiver einzubeziehen und als Partner auf Augenhöhe zu betrachten. In der beruflichen und hochschulischen Bildung brauchen sie Informationen und Einblicke, um ihre Kinder besser beraten zu können. Familien- und Bildungspolitik können gezielt zusammenwirken.

Um eine flächendeckende hochwertige Qualität der Bildungsangebote und der in Gang gesetzten Reformen zu erreichen, muss die Politik bestimmte Bedingungen stärker als bisher beachten:

1. Menschen mitnehmen

Es sind immer die handelnden Personen, auf die es ankommt und die in ihrem persönlichen Verantwortungsbereich zum Gelingen des Ganzen beitragen. Die Frühpädagogen in den Kindertageseinrichtungen, die Lehrkräfte an den Schulen, die Lehrenden an den Hochschulen sind es, die alle Reformen letztlich umsetzen müssen und die daher auch erreicht und mitgenommen werden sollen. Die „neue Kultur des Zuhörens“ in der Politik muss auch im Bildungsbereich die Menschen mehr als bisher aktiv einbeziehen. Dies gilt auch für Schüler, Studierende und Eltern. Das heißt nicht, die politischen Ziele aus dem Auge zu verlieren, sondern die handelnden Personen für diese Ziele zu gewinnen und ihre berechtigten Interessen in die Zielerreichung einzufügen. Partizipation und Kommunikation sind dafür entscheidend.

2. Zielgenauigkeit sichern

Vorhaben finden dann Akzeptanz, wenn ihre Zielsetzung klar definiert ist, wenn Umfang und Zeitrahmen abgesteckt werden, wenn die Maßnahmen konsistent sind und wenn Unterstützung bei der Umstellung gewährleistet ist. Im Bildungsbe- reich entsteht aber im Gegenteil der Eindruck mangelnder Stimmigkeit der verschiedenen Maßnah- men, unklarer Prioritäten, fehlender oder zu knapp kalkulierter Finanzierung, rascher Revisionen und unzureichender Unterstützung im Übergang. Aussitz- und Verweigerungshaltung gegenüber Reformvorhaben werden dadurch geradezu her- ausgefordert. Verlässlichkeit und Verbindlichkeit der Strukturen sind daher gefragt.

3. Effektivität prüfen

Konzentration auf die zentralen Ziele sammelt Kräfte und setzt Energien frei. Prioritätensetzung schafft einen klaren Rahmen. Für Experimente ist Bildung zu wichtig – es geht um die Lebens- chancen vieler junger Menschen. Modellprojekte sind sinnvoll, wenn sie als Erprobungsphase für die Normalsituation dienen, nicht jedoch als Ver- suchsballons oder Vorzeigeobjekte ohne Brei- tenwirkung. Unausgelegene Feldversuche müs- sen ebenso der Vergangenheit angehören wie

ideologische Ausblendungen der Realität oder populistische Schnellschüsse. Reformvorhaben müssen auf einer validen Datenbasis fußen und kontinuierlich evaluiert werden, wirksame Sys- teme der Qualitätssicherung ein Bestandteil des Bildungssystems sein.

4. Konstruktiv kooperieren

Der Föderalismus ist im Bildungsbereich stark in die Kritik geraten, die Unzufriedenheit groß. In der Tat sind keine gezielten Anstrengungen der Länder erkennbar, untereinander zu mehr Ver- gleichbarkeit zu kommen und die Mobilität zu ver- bessern. Es mangelt an der gemeinsamen Wahr- nehmung der gesamtstaatlichen Verantwortung durch die Länder. Die Aufhebung des „Koope- rationsverbots“ wäre dabei nur ein Aspekt – sie würde zusätzliche Finanzierungsanteile des Bun- des für den Schulbereich erlauben, aber keines- falls eine zentrale Steuerung schaffen. Nicht die Steuerung durch den Bund, sondern die Koopera- tion der Länder mit- und untereinander in der Kul- tusministerkonferenz muss dringend verbessert werden. Die Kommunen sind in ihrer wachsenden Bedeutung als Bildungsstandorte angemessener einzubeziehen.

Ziele 2015

Kultur der Kommunikation und Partizipation: Formulierungen in Programmen, Leit- und Berufsbildern

Politische Parteien verpflichten sich in ihren Grundsatz- und Wahlprogrammen oder in ihren Leitbildern, Satzungen u. Ä. zu einer „Kultur des Zuhörens“. Die Bildungsverwaltung versteht sich als Dienstleister für die selbstständigen Bildung- einrichtungen und formuliert ein entsprechendes Leit- und Berufsbild. Aus Betroffenen werden Beteiligte, aus Weisungsempfängern aktive Ver- antwortungsträger. Im Konfliktfall werden Media- toren eingesetzt.

Evidenzbasiertes Vorgehen: Entscheidungen nur mit solider Datenbasis

Die Erkenntnisse der Bildungsforschung und an- derer Expertisen und Evaluationen müssen erweitert und vertieft werden und die Grundlage bildungs- politischer Entscheidungen sein. Bundestag, Landes- parlamente und Gemeinderäte lassen kein Gesetz und keinen Beschluss passieren, der nicht auf einer validen Datenbasis beruht. Bei allen Geset- zen, Maßnahmen und Programmen wird mehr als bisher auf Konsistenz und Nachhaltigkeit geachtet.

Vergleichbarkeit sichern: Staatsvertrag geschlossen und umgesetzt

Ein Staatsvertrag der Länder macht die Bildungs- standards bundesweit verbindlich und sichert die Vergleichbarkeit und Qualität aller Abschlüsse und Bildungswege. Regelmäßige Evaluationen der Leistungen werden durchgeführt, die Ergeb- nisse offen diskutiert und in den Ländern Konse- quenzen gezogen. Dies gilt neu für die frühkindli- che und vor allem für die schulische Bildung.



FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Die zentrale Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist inzwischen allgemein anerkannt. Gute Bildungssysteme zeichnen sich im internationalen Vergleich dadurch aus, dass die Förderung der Kinder weit vor der Schule beginnt. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland kann und muss vor allem durch eine frühe Förderung entkoppelt werden. Kaum eine Erkenntnis ist so unstrittig wie diese.

Dennoch droht angesichts knapper Kassen der Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Bildungsstätten vernachlässigt zu werden. Die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung wird gerne betont – wenn es aber um die finanzielle Prioritätensetzung geht, werden daraus kaum Konsequenzen gezogen. Gerade die Kinder erfahren nach wie vor Förderung zu spät oder zu selten, für die sie besonders wichtig wäre. Die Bildungspläne der Länder sind noch längst nicht umgesetzt, Bildungsangebote und -pläne nicht in jeder Einrichtung sichergestellt. Die Ausbildung für den Bereich unter drei Jahren schließt bislang gar keine Bildungsaspekte ein; der Einsatz von Absolventen frühpädagogischer Studiengänge ist noch unklar. Bereits heute zeichnet sich auch in diesem Bereich regional ein Fachkräftemangel ab.

Ziele 2015

Jedes Kind fördern und begleiten

Ziel ist das erste Entwickeln von Lebens- und Lernkompetenzen wie Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit, Bindungs- und Beziehungsfähigkeit und die allgemeine Bildungsbefähigung des Kindes als lernende Persönlichkeit. Die Förderung beginnt mit einer systematischen Diagnose. Ein Portfolio dokumentiert die Entwicklungsschritte des Kindes; es wird kontinuierlich weitergeführt und auch von der Schule genutzt. Externe Instrumente wie die vorgezogene und weiterentwickelte Schuleingangsuntersuchung unterstützen die Beobachtung. Die Förderung der Kinder in der Kindertageseinrichtung beginnt so früh wie möglich und notwendig. Insbesondere die Sprachförderung – gemeinsam mit Eltern und Familien – ist dabei von zentraler Bedeutung.

Bildung in jeder Kindertageseinrichtung gewährleisten

Die Kultusminister tragen Verantwortung für die Kindertages- als Bildungseinrichtungen der ersten Stufe. Es ist ihre Aufgabe, bundesweite Bildungsstandards zu vereinbaren und

flächendeckend umzusetzen. Erst die Formulierung von Standards und die Überprüfung der Zielerreichung machen den Bildungsauftrag verbindlich. Auch die freien Träger sind auf die Bildungsziele verpflichtet. Der Übergang in die Grundschule wird fließender und die Kooperation der Einrichtungen systematisiert.

MINT für jedes Kind sicherstellen

In jeder Kindertageseinrichtung müssen der erste Umgang mit Zahlen, Größen, Formen, Mengen und Relationen und das erste forschende Experimentieren gegeben sein. Mindestens ein Teil der Frühpädagogen in jeder Einrichtung verfügt über eine entsprechende Qualifikation. Das Lernen ist der kindlichen Entwicklung angemessen und knüpft an die kindlichen Ressourcen an.

Ausbildung der Fach- und Führungskräfte anpassen

Das Qualifikationsprofil des Berufsbilds orientiert sich an den veränderten Anforderungen und ist in der Aus- und Weiterbildung zügig umzusetzen. Bewertung und Bezahlung der Arbeit müssen für die anspruchsvollere Tätigkeit verbessert werden. Die Qualität der Kindertageseinrichtung ist nicht von der Betreuungsrelation zu trennen.

Mehr Frühpädagogen, auch mit vielfältigen Hintergründen, und ein attraktives Berufsbild sind gefragt.

SCHULISCHE BILDUNG

Schulen heute unterscheiden sich deutlich von Schulen, wie sie noch vor 20 Jahren waren. In das Lehren und Lernen ist eine stärkere Kompetenzorientierung eingezogen, wenn auch noch nicht durchgängig und an jeder einzelnen Schule. Die individuelle Förderung ist in den Vordergrund getreten, auch wenn oft noch Unsicherheit besteht, wie sie am besten gelingen kann. Der Ausbau der Ganztagschulen bzw. -angebote schreitet voran. Die Ausbildung der Lehrkräfte wird zurzeit reformiert und praxisnäher gestaltet.

Trotz unverkennbarer Fortschritte im Einzelnen macht das bleibende Qualitätsgefälle zwischen einzelnen Schulen wie zwischen Ländern und Regionen den Arbeitgebern Sorge. Nach wie vor kann nicht davon ausgegangen werden, dass in allen vergleichbaren Schulen deutschlandweit die notwendige und zu erwartende Qualität garantiert ist. Die Ausbildungsreife der Schulabgänger ist immer noch ein Thema, das keineswegs erledigt ist. Es besteht Sorge, dass ein zu hoher Anteil von Jugendlichen nach wie vor ohne ausreichende Grundbildung die Schule verlässt. Die heute notwendige ökonomische Bildung ist noch kein Pflichtunterricht mit entsprechender Lehrerbildung. Ganztagsangebote sind noch zu selten rhythmisierte Ganztagschulen mit

mehr Bildungs- und Fördermöglichkeiten für die Schüler; zu hoher Unterrichtsausfall verringert die Lernzeit.

Die Schulen selbst sind durch Herausforderungen der Organisation, Umstrukturierung oder Zusammenlegung übermäßig beschäftigt und kommen daher oft kaum zu ihren eigentlichen Aufgaben. Der demografische Wandel zwingt zum einen zu Zusammenführungen, Kooperationen, neuen Organisationsformen oder auch zur Schließung. Dabei wird zu wenig auf die Qualität der jeweiligen Schulkonzepte geachtet als vielmehr auf Handhabbarkeit und Standortfragen. Zum anderen stellen die dauernden Änderungen der Schulstruktur die einzelnen Schulen vor neue Herausforderungen, ohne dass sie sicher sein können, dass der neue Stand der Dinge auch bleiben und sich ihre Mühe tatsächlich lohnen wird. Strukturreformen ziehen Kräfte ab, die für die wichtigeren Reformen im Lehren und Lernen fehlen. Nicht zuletzt durch die ständige Unsicherheit und Drucksituation wird der Beruf des Lehrers oder eine Tätigkeit in der Schulleitung zusehends unattraktiv.

Ziele 2015

Vergleichbarkeit und Niveau sichern – Staatsvertrag schließen und umsetzen

Ein Staatsvertrag der Länder macht die Bildungsstandards bundesweit verbindlich und sichert die Vergleichbarkeit und Qualität aller Abschlüsse und Bildungswege. Regelmäßige Evaluationen der Leistungen werden durch IQB und Landesinstitute durchgeführt, die Ergebnisse offen diskutiert und durch die Länder für Qualitätsverbesserungen gesorgt. Bildungsstandards werden dabei nicht zu niedrig angesetzt; sie zielen auf Kompetenzen und werden für alle Fächer und für bestimmte Stationen der Schullaufbahn formuliert. Leistungszulagen für Lehrkräfte orientieren sich an Zielvereinbarungen, die neben anderem auch die extern überprüfte Zielerreichung der Bildungsstandards – unter vergleichbaren schulischen Bedingungen – beinhalten.

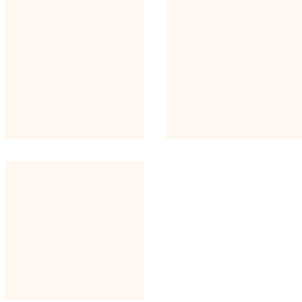
Schulen Selbstständigkeit geben

Schulen geben sich selbst ein Profil und Programm, wählen die Lehrkräfte aus, setzen sie ein und entwickeln sie fort. Sie erhalten ein Geldbudget pro Schüler – statt pro Klasse –, das sie selbstständig einsetzen können. Die Gelder werden

dabei nach einem Sozialindex zugewiesen, der die unterschiedliche soziale Belastung der Schulen widerspiegelt. Erst mit Selbstständigkeit sind sie in der Lage, auf die Bedürfnisse und Situationen ihrer Schüler vor Ort gezielt einzugehen und sie individuell zu fördern. Staat und Politik geben die Ziele und die zu erreichenden Bildungsstandards vor und überprüfen die Umsetzung. Bei der Umstellung auf dieses ergebnisorientierte System wird effiziente Unterstützung gewährleistet. Die Bildungsverwaltung ist Dienstleister für die Schulen, entlastet sie von Bürokratie und leistet Hilfestellung bei der Qualitätsverbesserung. Regelmäßige interne und externe Evaluationen überprüfen die Zielerreichung.

Individuelle Förderung ins Zentrum stellen

Jeder Schüler hat sein Lerntempo und -niveau; nach einer Diagnostik der Lernausgangslage werden daher individuelle Lernpläne erstellt und Zielvereinbarungen zwischen Schüler, Eltern und Lehrkräften geschlossen. Mit selbstständigem Lernen und einer differenzierten Aufgabenkultur ist eine individuelle Förderung aller Schüler möglich. Dadurch werden die Leistungen so verbessert, dass die Zahl der Schulabbrecher sinkt und die Zahl guter und bester Schüler steigt; das Niveau der Schulleistungen wird deutlich angehoben.



Die Unterrichtsversorgung ist gewährleistet, der Unterrichtsausfall deutlich verringert, mehr Lernzeit gegeben und rhythmisierte Ganztagschulen sind flächendeckend eingeführt. Berufsorientierung ist selbstverständlicher Bestandteil des Schulcurriculums und wird fachübergreifend, frühzeitig, umfassend, systematisch und praxisnah betrieben. Die Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben im Netzwerk *SCHULEWIRTSCHAFT* wird weiter ausgebaut.

MINT-Fächer durchgängig und hochwertig unterrichten

Die mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächer werden in einem anregenden, anschaulichen und praxisnahen Unterricht vermittelt. Kinder werden frühzeitig und kontinuierlich für diese Fächer begeistert. Mathematik und naturwissenschaftliche oder technische Fächer sind in allen Schulen und Bundesländern verpflichtend bis zum Schulabschluss. MINT im Pflichtbereich ist zu sichern und auszubauen, im Wahlbereich attraktiv und schülergerecht zu gestalten. Gerade in diesen Fächern ist ein modernes Lehren und Lernen mit forschendem Experimentieren und Anschauungsunterricht essentiell. „Wirtschaft“ ist ein reguläres Unterrichtsfach mit eigener Lehrerausbildung.

Reform der Lehrerausbildung umsetzen

Die Reform der Lehrerausbildung ist in allen Ländern und Hochschulen vollzogen. Vor Beginn des Studiums sind Eignungsfeststellungen verbindlich. An den Hochschulen sind Zentren für Lehrerbildung etabliert, die eng mit den ausbildenden Schulen kooperieren und so zu einer „dualen“ Ausbildung entlang des Berufsbilds führen. Die bundesweiten Standards für die Lehrerausbildung sind umgesetzt. Alle Studiengänge der Lehrerausbildung sind auf Bachelor- und Masterabschluss umgestellt. Mit dem Bachelor of Education ist eine Tätigkeit im Berufsfeld Schule und Bildung möglich; die Länder haben dafür entsprechende Einsatzprofile definiert. Für den Lehrerberuf ist der Master of Education erforderlich. Anstelle des Referendariats führt eine Traineephase in die berufliche Wirklichkeit ein. Schulleitung ist ein eigener Beruf mit entsprechender Qualifikation. Die Länder betreiben vorsorgliche Personalentwicklung, die frühzeitig Führungskräfte für Leitungsaufgaben identifiziert und qualifiziert.

Migrantenkinder besser fördern

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund steigt zusehends: Sie bilden die Mehrheit unter den Schulanfängern in Großstädten. Den

verbindlichen Sprachstandsfeststellungen folgen wirksame Fördermaßnahmen in der Kindertageseinrichtung; dafür sind eine entsprechende Ausbildung der Frühpädagogen und die Partnerschaft mit Eltern und Familien notwendig. In der Schule setzt sich die Sprachförderung

kontinuierlich fort; die Vermittlung von Sprach- und Lesekompetenz in allen Fächern hilft beim Bildungserfolg, nicht zuletzt der Jungen. Ganztagschulen erlauben eine umfassende Förderung. Knappe Ressourcen müssen in sozialen Brennpunktschulen gebündelt werden.

SCHULEWIRTSCHAFT

Kooperation im Netzwerk

SCHULEWIRTSCHAFT

- initiiert und gestaltet den Dialog und die Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaft
- fördert die ökonomische Bildung
- ermöglicht Lehrern und Schülern, Kenntnisse über die Wirtschafts- und Arbeitswelt zu erhalten und zu vertiefen
- vermittelt Unternehmen den Einblick in Auftrag, Methoden und Möglichkeiten der Schulen
- hilft, das Wirtschafts- und Sozialsystem in seinen Grundlagen zu verstehen

www.schule-wirtschaft.de

HOCHSCHULISCHE BILDUNG

Im Zuge des Bologna-Prozesses sind in den vergangenen Jahren tiefgreifende Reformen in Gang gekommen, in deren Folge sich Hochschule und Studium enorm verändert haben. Bologna hat für eine Neustrukturierung vieler Studiengänge mit dem Ziel einer stärkeren Kompetenzorientierung und größeren Praxisnähe gesorgt. Die international verständlichen und anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master sind in Deutschland etabliert worden. Bachelorabsolventen finden in den Unternehmen breite Akzeptanz und haben gute Aufstiegsperspektiven. Die Studienanfängerquote ist deutlich gestiegen – sogar stärker als erwartet. Dies ist nicht zuletzt angesichts des akuten Nachwuchsmangels am Hightech-Standort Deutschland zu begrüßen.

Nach wie vor verbirgt sich allerdings in zu vielen Studiengängen alter Wein in neuen Schläuchen: Dort werden noch immer überkommene Inhalte, Lehr- und Lernformen in neuem Mantel weitergeführt, anstatt vor allem das Bachelorstudium am Ziel der Beschäftigungsfähigkeit zu orientieren. Dazu gehören eine stärkere Praxisorientierung der Studieninhalte sowie der Erwerb sozialer Kompetenzen. Aufflackernde Versuche, die neuen Abschlüsse wieder in Frage zu stellen, ohne selbst Verbesserungsvorschläge zu formulieren, erschweren die Umsetzung des neuen

Systems durch nostalgische Verklärung der Vergangenheit.

Die Quote der Studienabbrecher ist mit 21 % immer noch zu hoch. Insbesondere in den MINT-Fächern konnte sie bislang nicht so wirksam gesenkt werden, wie es der Fachkräftemangel verlangt. Der Frauenanteil unter den MINT-Studierenden ist immer noch zu niedrig wie auch der Anteil der MINT-Studierenden an allen Studierenden insgesamt. Der Ausbau der Studienplätze in den kommenden Jahren muss sich auf die MINT-Fächer konzentrieren. Zudem müssen Studierende aus dem Ausland die Möglichkeit haben, nach erfolgreichem Abschluss in Deutschland unbefristet zu arbeiten.

Hochschulen haben in den meisten Bundesländern deutlich mehr Autonomie erhalten als zuvor. Nach wie vor gibt es aber in vielen Bundesländern ein hohes Maß an Detailsteuerung und Bürokratie etwa in den Bereichen Personal-, Finanz- und Baumanagement. Zum neuen Leitbild der autonomen, profilierten und unternehmerisch handelnden Hochschule muss auch ein umfassendes Qualitätsmanagement gehören. Bislang sind Angebote der Hochschulen an wissenschaftlicher Weiterbildung für Unternehmen und ihre Mitarbeiter sowie berufsbegleitende

Studiengänge zu selten im Blick der Hochschulen; sie müssen deutlich ausgebaut werden. Die Politik ist gefragt, durch eine leistungsgerechte Finanzierung der Hochschulen wettbewerbliche Anreize zu setzen. Die Rücknahme der Studienbeiträge in mehreren Bundesländern verschließt den Hochschulen unnötigerweise eine wichtige Finanzierungsquelle.

Ziele 2015

Bologna-Prozess vollenden

Die Hochschulen haben bis 2015 ihre Angebote vollständig auf die Bachelor-/Master-Struktur umgestellt. Die Studiengänge vermitteln neben Fach- und Methodenkompetenz auch Sozial- und Personalkompetenz, stärken die Persönlichkeitsbildung der Studierenden und sind interdisziplinär ausgerichtet. Die Mobilität der Studierenden ist gewährleistet, Anerkennungshürden sind abgebaut. Die deutschen Hochschulen haben im internationalen Vergleich ihre Position verbessert. Der Stellenwert der Lehre an den Hochschulen ist in Relation zur Forschung deutlich erhöht worden.

Qualitätsmanagementsysteme einrichten

Ein hochwertiges Studienangebot setzt ein professionelles internes Qualitätsmanagementsystem an den Hochschulen voraus. Zahlreiche Hochschulen sind 2015 nach den vom Akkreditierungsrat zu definierenden Qualitätsmerkmalen akkreditiert. Bis 2020 sind interne Qualitätsmanagementsysteme überall etabliert.

Fachkräftemangel bekämpfen

Zur Sicherung des akademischen Nachwuchses muss die Absolventenquote in den nächsten Jahren gesteigert werden. Hierfür ist insbesondere die Studienabbruchquote deutlich zu senken. Damit die Chancen geburtenstarker und doppelter Abiturientenjahrgänge genutzt werden können, muss das im Hochschulpakt 2020 vereinbarte Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger konsequent umgesetzt werden. Dabei ist vor allem das Angebot von MINT-Studienplätzen auszubauen. Der Anteil der Absolventen in diesen Fächern an allen Hochschulabsolventen sowie der Frauenanteil bei den MINT-Absolventen werden nachhaltig erhöht.



Durchlässigkeit erhöhen

Absolventen einer beruflichen Ausbildung müssen Zugang zu den Auswahlverfahren an den Hochschulen erhalten. Diese prüfen Kompetenzen, nicht Abiturwissen. Die Anrechnung beruflicher Qualifikationen auf das Hochschulstudium wird weiter verbessert; gute Modelle der Anrechnung werden von anderen Hochschulen übernommen. Hochschulen bieten wissenschaftliche Weiterbildung für Berufspraktiker mit und ohne Hochschulabschluss bzw. Abitur in enger Kooperation mit der Wirtschaft an. Diese Angebote müssen auf die inhaltlichen, zeitlichen und methodischen Bedürfnisse von Berufstätigen ausgerichtet sein. Studierende aus dem Ausland werden zielgerichtet für Mangelfächer angeworben und haben eine unbefristete Bleibeperspektive nach dem Abschluss. Der Anteil der Studierenden aus nicht-akademischen Elternhäusern wird deutlich erhöht.

MINT Zukunft schaffen

MINT Zukunft schaffen steht für alle Initiativen und Aktivitäten der Unternehmen und ihrer Verbände, um vermehrt Fachkräfte mit Qualifikationen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu gewinnen. Die im Mai 2008 von BDA und BDI ins Leben gerufene Initiative bietet unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel den zahlreichen, seit vielen Jahren erfolgreich wirkenden MINT-Einzelinitiativen der Verbände und Unternehmen eine gemeinsame Plattform, um Veränderungen zu bewirken und politischen Forderungen entscheidenden Nachdruck zu verleihen. Mit dem MINT-Portal www.mintzukunftschaefen.de existiert erstmals ein Wegweiser durch die MINT-Landschaft, der die vorhandenen Initiativen vernetzt und einen einfachen Zugang zur MINT-Thematik ermöglicht. Inzwischen mehr als 5.500 MINT-Botschafter werben in Schulen für MINT-Berufe und beraten als Mentoren Studierende. Mit der Auszeichnung von MINT-freundlichen Schulen fördert *MINT Zukunft schaffen* auf breiter Linie weiterführende Schulen mit einem MINT-Schwerpunkt. Das MINT-Meter analysiert Qualität und Quantität der MINT-Bildung in Deutschland.

BERUFLICHE BILDUNG

Das duale System der Berufsbildung in Deutschland ist ein hochwertiger und chancenreicher Bildungsweg und damit ein optimaler Einstieg in den Beruf. Gleichwohl steht dieses System vor Herausforderungen. Die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt durch die demografische Entwicklung umgekehrt. War 2005 die Lage auf dem Ausbildungsmarkt aus Sicht der Bewerber angespannt, ist sie es heute aus Sicht der Betriebe, die demografiebedingt immer größere Schwierigkeiten haben, geeignete Bewerber für ihre Ausbildungsplätze zu finden. Zwischen 2005 und 2010 ist die Zahl der Schulabgänger um rd. 5 % zurückgegangen, in den neuen Bundesländern hat sie sich fast halbiert. Durch ein weitgehend stabiles Ausbildungsangebot sind daher in den letzten Jahren am Ende der Ausbildungsvermittlung Angebotsüberschüsse – mit mehr unbesetzten Ausbildungsplätzen als unvermittelten Bewerbern – zu verzeichnen nach vielen Jahren mit umgekehrtem Vorzeichen. Selbst im Krisenjahr 2009 konnten laut DIHK-Ausbildungsumfrage 21 % der Betriebe Ausbildungsplätze nicht besetzen – 2006 betrug dieser Anteil insgesamt erst 12 %, im Jahr 2010 ist er weiter auf 24 % gestiegen.

Gleichzeitig münden viele junge Menschen in den sogenannten Übergangsbereich, weil ihnen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung fehlen. Zwar ist die Zahl dieser Jugendlichen rückläufig, im Ergebnis zeigen sich aber kaum Fortschritte; dies zeigt die nach wie vor hohe Zahl an jungen Menschen ohne Berufsabschluss. Licht und Schatten gibt es auch bei anderen Berufsbildungsthemen: Die Durchlässigkeit zum Studium aus der beruflichen Bildung heraus ist zwar formal erheblich verbessert, aber noch nicht in der Breite realisiert worden. An den Berufsschulen wird zunehmend Qualitätssicherung etabliert, der Unterrichtsausfall ist aber nach wie vor hoch; es fehlt an Lehrpersonal.

Mit dem Ausbildungspakt sind die entscheidenden Schritte definiert und Ziele einvernehmlich von Bundesregierung, Wirtschaft und Ländern formuliert worden. Jugendliche müssen besser auf den Übergang in Ausbildung vorbereitet, Ausbildungsreife und Berufsorientierung durch die Schulen sichergestellt werden. Für schwächere Jugendliche muss es praxisnahe und differenzierte Übergänge und Angebote geben wie zum Beispiel die mit dem Pakt geschaffenen Einstiegsqualifizierungen (EQ) und zweijährige Ausbildungsberufe. Auch für leistungsstärkere Jugendliche muss das berufliche Bildungssystem

attraktiv bleiben. Für diese Gruppe ist es dann eine interessante Alternative zum Hochschulstudium, wenn sich damit wirkliche Durchstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowohl im Rahmen der beruflichen Fortbildung mit Kammerprüfung nach Berufsbildungsgesetz als auch im Rahmen hochschulischer Weiterbildung und Qualifizierung verbinden.

Ziele 2015

Leistungsstarkes und attraktives Berufsbildungssystem sicherstellen

Das Berufsbildungssystem ist attraktiv und leistungsfähig mit modernen, bedarfsgerechten und flexiblen Ausbildungsberufen. Die Praxis ist weiterhin wichtigster Bezugspunkt bei der Gestaltung. Die Berufsschulen sind leistungsstarke und verlässliche Partner in der Ausbildung, vor allem durch eine moderne Ausstattung und Selbstständigkeit in Personal- und Finanzfragen. Eine ausreichende Versorgung mit Lehrpersonal und eine größere Praxisnähe des Unterrichts werden u. a. durch die Öffnung für Quereinsteiger sichergestellt. Für immer mehr Jugendliche ist ein Auslandsaufenthalt in der Ausbildung möglich. Ergänzt wird die Ausbildung durch ein flexibles Fort- und Weiterbildungssystem.

Auf der Ausbildungsreife aufbauen

Damit die Integration in Ausbildung gelingt, muss durch die Schule die Ausbildungsreife der Schulabgänger sichergestellt werden. Dazu gehört auch eine fundierte Berufsorientierung, mit der die Berufswahl bewusst erfolgen und die Zahl der Ausbildungsabbrüche deutlich gesenkt werden kann. Schulen kooperieren dazu mit der Wirtschaft und vermitteln frühzeitig Einblicke in die Praxis. Sinnvoll können insbesondere für schulumüde Jugendliche auch Angebote wie Praxisklassen sein. Für schwächere Schulabgänger gibt es Übergangsangebote, die möglichst praxisnah und individuell sowie auf den flexiblen Übergang in betriebliche Ausbildung hin ausgerichtet und insbesondere durch regionale Koordination transparent und konsistent gestaltet sind. Jugendliche zeigen verstärkt berufliche wie regionale Mobilität – etwa im Hinblick auf unbesetzte Ausbildungsplätze in chancenreichen, aber wenig bekannten Ausbildungsberufen. Regionale Mobilität wird durch bedarfsgerechte Angebote des Jugendwohnens unterstützt.

Differenzierte Angebote machen

Um die Potenziale aller Jugendlichen zu erschließen, stehen mehr zweijährige Berufe zur Verfügung, die vielen den Einstieg in Ausbildung erleichtern und die mit einem dreijährigen, anrechnungsfähigen Ausbildungsberuf verknüpft sind. Begleitende Hilfen (z. B. abH) und betrieblich verankerte Förderinstrumente (z. B. EQ) sind zu erhalten und zu stärken, um die Integration in betriebliche Qualifizierung auszubauen und Jugendliche und Betriebe aktiv begleiten und bei Problemen unterstützen zu können. Die individuelle Förderung der Auszubildenden in der Berufsschule kommt hinzu, um den erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu erreichen. Besonders schwache Jugendliche können durch Ausbildungsbausteine an Ausbildung herangeführt und ggf. Teilleistungen so transparent gemacht werden. Die Bausteine sollten auch verstärkt zur Qualifizierung Ungelernter genutzt werden. Für leistungsstarke Jugendliche steht eine Vielfalt von Angeboten zur Verfügung (z. B. Zusatzqualifikationen, Auslandsaufenthalte, duale Studiengänge, Verknüpfung von Aus- und Fortbildung).

Durchlässigkeit sicherstellen

Durch mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung eröffnen sich nach einer Ausbildung weitere Bildungsmöglichkeiten. Hierzu gehört auch die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf ein Studium. Berufsbildung bleibt damit auch für leistungsstarke Jugendliche ein attraktiver Bildungsweg. So haben Ausbildungsabsolventen bei entsprechenden Kompetenzen die Möglichkeit, ein Studium zu beginnen. Die dafür erforderlichen Angebote, insbesondere Brückenkurse und berufsbegleitende Studienangebote, werden ausgebaut.

BERUFLICHE BILDUNG

Quantitative Ziele 2015

- Anteil junger Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Ausbildungsabschluss von 14 % auf mindestens 10 % senken
- Anteil der Vertragslösungen von 22 % auf höchstens 15 % senken
- Anteil Auszubildender mit Auslandsaufenthalt von 3 % auf mindestens 6 % steigern
- Anteil der Studienanfänger, die beruflich Qualifizierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung sind, von 2 % auf mindestens 5 % steigern



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1500

F +49 30 2033-1505

bildung@arbeitgeber.de

www.arbeitgeber.de

Stand: Januar 2012

www.arbeitgeber.de